

## **Mülldeponie? Nein, danke!**

Der mühsame Weg einer Standortsuche für eine Kreismülldeponie  
und die Auswirkungen auf das Leben in Ingelbach

### **Der Schock**

Die Wochenendausgabe der Rheinzeitung vom 26./27. November 1988 veröffentlichte eine brisante Meldung: Für eine neue Mülldeponie kommt Ingelbach neben neun anderen Gebieten in die engere Wahl. Die Kreismülldeponie in Nauroth sei 1995 randvoll und das Koblenzer Ingenieurbüro Björnsen mit der Suche nach Alternativen beauftragt (siehe Anlage).

Der Ausschuss für Umweltschutz und Abfallbeseitigung des Kreises hatte kurz zuvor beschlossen, von 38 bewerteten Standorten zehn einer weiteren Untersuchung zu unterziehen, die anderen Standorte schied aus. Nur etwa 250 m von der Ortsgrenze entfernt könnte in Zukunft ein riesiger Müllberg entstehen, für die Einwohnerinnen und Einwohner von Ingelbach eine Albtraumvorstellung.

### **Die Initiative**

Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer und sorgte für große Unruhe in Ingelbach und den anderen betroffenen Gemarkungen. Obwohl der Zeitpunkt der Veröffentlichung geschickt gewählt wurde, weil in der verbleibenden Zeit des Jahres 1988 bedingt durch die nahende Weihnachtszeit und den Jahreswechsel größere Gegenmaßnahmen nicht zu realisieren waren, formierten sich Bürgerinnen und Bürger Ingelbachs gegen die Pläne des Kreises. Seitenweise wurden Unterschriften gesammelt, Treffen organisiert und mit den Entscheidungsträgern gesprochen.

Die Bürgerversammlung vom 10.01.1989 machte die Brisanz deutlich: Die alte Schule war zu klein, die Versammlung wurde spontan in die Werkshalle der örtlichen Glashandlung verlegt. Neben mehr als 200 Ortsansässigen kamen viele Interessierte aus umliegenden Ortschaften. Das Horrorszenario eines 125 Meter hohen Abfallbergs wurde mit den Müll-Experten der Kreisverwaltung diskutiert, aber deren Auskünfte und Antworten waren eher dürftig als hilfreich.

In der folgenden Zeit organisierten sich Ingelbacher Deponiegegner und besannen sich auf Strategien der Verteidigung. Zu Beginn des Jahres 1989 trafen sich zahlreiche Interessierte regelmäßig sonntags im Dorfgemeinschaftshaus, tauschten ihre Neuigkeiten aus und schmiedeten Pläne für das weitere Vorgehen. Diese „Sonntagsrunden“ hatten regen Zulauf, meist kamen etwa 20 Personen, manchmal auch deutlich mehr. Leider, so muss man aus heutiger Sicht sagen, waren fast ausschließlich Männer zugegen. Schnell taufte sich diese Runde „Bürgerinitiative Ingelbach“.

Neben punktuellen Aktionen und Lobbyarbeit suchte man vor allem Sachargumente. Man wollte darlegen, dass Ingelbach auch unter objektiven Gesichtspunkten nicht der geeignete Standort sein kann. Es bildeten sich Arbeitsgruppen, die sich jeweils detailliert eines Themas annahmen. Man eignete sich profunde Sachkenntnisse an und Fachtermini wie Deponiesickerwasserkläranlage, Entgasungsbrunnen und Kaltluftabflussgebiet gingen nicht nur flüssig über die Lippen, sondern fanden auch Eingang in Verteidigungsstrategie.

Folgende sehr qualifizierte Ausarbeitungen über die Besonderheiten Ingelbachs entstanden: Wassergefährdung, Verkehrsanbindung und Fremdenverkehr, Belange der Landwirtschaft, Ökologie, Klimatische Bedingungen, Beeinträchtigung der jagdlichen Nutzung.

Diese „Facharbeiten“ leitete man an alle relevanten Personen weiter. Eingaben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete und den gerade in Mainz angekommenen Umweltminister Beth ergänzten die Reihe der Aktionen, ebenso die Konsultation eines Fachanwaltes in Koblenz, die aktive Pressearbeit und das Sammeln von Geldspenden.

Auch an anderen betroffenen Standorten bildeten sich Bürgerinitiativen: in Leuscheid, Mammelzen/Sörth, Michelbach, Neitersen und Berod. Etliche gemeinsame Eingaben und Veranstaltungen mit den „BI-Kollegen“ prägten diese Phase im ersten Halbjahr 1989. Öffentlichkeitswirksam veranstalteten Ingelbacher die Maiwanderung. Etwa 300 Personen, zum Teil auch aus den Nachbardörfern, zeigten ihren Protest mit Spruchbändern bei einer mehrstündigen Wanderung durch die Gemarkung. Das Deponiegelände war zur Visualisierung mit Markierungsbändern gekennzeichnet, Wut und Betroffenheit waren groß.

Kurz danach kam der Tiefschlag: Im nächsten Schritt reduzierte BjörnSEN die Zahl der geeigneten Standorte. Neben Neitersen und Werkhausen stand Ingelbach in erster Reihe. Rhein-Zeitung im Mai 1989: „Drei Orte zittern“ (siehe Anlage). Ingelbach hatte nach dieser Zwischenbewertung einen Platz im „Spitzentrio“. Fassungslosigkeit und Zorn waren die ersten Reaktionen, aber die nächste Aktion folgte unmittelbar. Bei einer Podiumsdiskussion am 14.06.89 in der Werkhalle der Firma Hachenberg wurde die Kritik am bisherigen verkorksten Verfahren lauter und dessen Einstellung gefordert. Dieser Meinung schlossen sich einige Kommunalpolitiker an, sei es aus Überzeugung oder aus Taktik wegen der nahenden Kommunalwahl am 18.06.89.

### **Das Verfahren**

Massiver Widerstand der Betroffenen sowie zahlreiche sachliche Fehler führten dazu, dass der Kreistag auf Antrag der SPD dem Ingenieurbüro BjörnSEN den Auftrag entzog. Die bisherige Standortsuche durch BjörnSEN wurde eingestellt, aber eine abschließende Gewichtung vorgenommen, die im Tresor der Kreisverwaltung verschwand.

Von mehreren vorgestellten Fachbüros erhielt das Heidelberger Institut für Umweltschutz und Energietechnik (IFEU) im Herbst 1989 nach einer verworrenen Abstimmung im Kreistag den Auftrag, mit der Standortsuche von vorn zu beginnen. Zwar war Ingelbach zunächst wiederum von einigen Positivflächen betroffen, aber IFEU reduzierte objektiv und sachgerecht Schritt für Schritt die 143 potenziellen Standorte. Nach dem dritten Zwischenbericht konnten Ingelbacherinnen und Ingelbacher aufatmen. Lokalredakteur Holl (Rhein-Zeitung) löste am 22.11.1990 Jubel aus mit der Schlagzeile: „Ingelbach „draußen“. Der frühere Mit-Favorit Ingelbach ist nicht mehr im Rennen“.

Die Gebiete nördlich Ingelbach (Bahn), „Hundsgalgen“, südlich B 8 und „Herzberg“ fielen letztlich mit folgender Begründung aus dem Verfahren: Geologisch nicht geeignet (Sandsteineinschalungen), Beeinträchtigung des Tiefbrunnens Borods nicht auszuschließen, Kaltluftabflüsse Richtung Widderstein/Wahlrod/Gieleroth/Kroppach, Klimaschutzwald muss erhalten bleiben und Störungen durch Bergwerksfelder.

Überraschend und blitzartig erhielt im Frühjahr 1992 der TÜV-Rheinland den Auftrag, die Deponiestandortsuche weiter durchzuführen. Das Institut knüpfte an dem Zwischenbericht von IFEU an, bei dem noch 143 Flächen vorhanden waren. Damit war Ingelbach wieder im Auswahlverfahren, welches bewusst dynamisch angegangen wurde. Jetzt hieß es „Standortfindung“ statt „Standortsuche“, kein Gebiet sollte mehr dauerhaft ausgeschlossen werden, jetzt wurden „Rückstellungen“ eingeführt.

Im Frühjahr 1993 konstatierte der TÜV-Rheinland, dass noch 52 Standortflächen „im Rennen“ sind. Ingelbach war mit drei Gebieten betroffen: östlich Gieleroth, westlich Bahnhof Ingelbach, östlich Oberingelbach. Genau ein Jahr später informierte die Kreisverwaltung, dass für eine Umweltverträglichkeitsstudie weitergehende Untersuchungen als ursprünglich erwartet gefordert werden, wie z.B. Kernbohrungen und Schürfe.

Das Verfahren dümpelte weiter vor sich hin, die Informationen flossen immer sporadischer. Die bundesweite Änderung der technischen Anleitung (TA) Abfall kam den betroffenen Gebieten zupass, denn fortan durfte Müll nicht mehr unbehandelt deponiert werden. Dies bedeutete eine generelle Änderung der Deponietechnik hin zur biologisch-mechanischen Behandlung oder zur Müllverbrennung. Der Kreis Altenkirchen musste sich umorientieren und ging eine Kooperation mit dem Landkreis Neuwied ein, um den Hausmüll auf der Deponie in Linkenbach zu entsorgen.

### **Die Dorfgemeinschaft**

Die aktive Mitarbeit der Bürgerinitiative wurde in den „Sonntagsrunden“ abgesprochen und – je nach Verfahrensstand – von 20 bis 40 Leuten geleistet. Allerdings fieberten augenscheinlich fast alle Dorfbewohner mit, schimpften über das ungerecht und verkorkste Verfahren und verloren zunehmend das Vertrauen in die Entscheidungsträger des Kreises. Nur vereinzelt machte sich jemand Hoffnung, seine Grundstücke teuer als Deponiegelände zu veräußern, bei allen anderen regte sich der Widerstand.

Die Kommunalwahl am 18.06.1989 war auch eine „Müllvermeidungswahl“. Erstmals konnte kumuliert und panaschiert werden und so war es möglich, aus den Fraktionen die Kandidaten zu wählen, die sich für ein geändertes Verfahren einsetzen wollten. Die bisher federführende CDU büßte fünf Sitze ein und verlor im Kreistag ihre absolute Mehrheit. In den Ortsgemeinden herrschte ebenfalls Aufbruchstimmung und es kam mancherorts zu großen Veränderungen. Nicht mehr die Kandidaten zogen in den Rat ein, die am Stammtisch Punkte machten oder durch einen großen Verwandtenkreis, sondern diejenigen, denen man am ehesten die Fähigkeit zutraute, eine drohende Mülldeponie abzuwenden. Auch in Ingelbach setzten die Wählerinnen und Wähler eine Wachablösung durch. Der Ortsgemeinderat verjüngte sich deutlich und ein neuer Ortsbürgermeister trat sein Amt an.

Als die dringendsten „Hausgaben“ zur Abwendung der Deponie erledigt waren, konnte man sich wieder anderen Aktivitäten zuwenden. Es war erkennbar, dass der gemeinsame Widerstand die Dorfbewohner zusammengeschweißt hat und dies sollte noch einige Jahre anhalten. Viele Projekte in der Folgezeit wären ohne die Phase der zusammen durchlebten Ängste und Hoffnungen nicht möglich gewesen. In der Dorfentwicklung ging es ebenso in großen Schritten voran wie im Naturschutz.

## Was bleibt?

Die BI Ingelbach blieb im Gegensatz zu den Bürgerinitiativen der anderen Gebiete bestehen. Im Herbst 1991 gründeten 21 Personen die „Bürgerinitiative Ingelbach e.V.“ In der Folgezeit setzte sich der Verein intensiv für ökologische Projekte im Dorf und in der Gemarkung ein. Viele Biotop wurden angelegt, Nistkästen für Vögel und Fledermäuse gebaut und angebracht, zahlreich Bäume und Hecken gepflanzt. Heute pflegt die BI als Pächterin eine mehr als zwei ha große Streuobstwiese mit 141 Obstbäumen genau an der Stelle, wo einst ein mögliches Gebiet für die Mülldeponie kartiert war. Weiterhin ist sie zwischenzeitlich im Besitz eines Feuchtbiotops, in dem ein kleiner Teich für Amphibien angelegt wurde.

Rückblickend kann man sagen, dass die Deponiestandortsuche für die Dorfentwicklung auch ihre positive Seiten hatte. Es wäre wahrscheinlich nicht gelungen, in so kurzer Zeit eine eingeschworene und ideenreiche Gemeinschaft zu bilden. Die Weichenstellung für die Zukunft wurde geschlossen, zielstrebig und mit viel Idealismus auf den Weg gebracht: Biotopvernetzung, Baugebiete, Förderprogramme, Straßenausbau, Tennisplatz und vieles andere. All dies wäre sicherlich nicht möglich gewesen, wenn eine Mülldeponie den Wohnwert im Dorf herabgesetzt hätte.

Begünstigt durch eine abfärbende euphorische Stimmung, die nach dem Mauerfall 1989 bundesweit herrschte, ging in der Anfangszeit der BI ein Ruck durch die Reihen. Die Aufbruchstimmung flaute jedoch im Laufe der Jahre ab, der Zauber des Anfangs konnte nicht konserviert werden, der Ruck hat allmählich seine Dynamik verloren. Heute werden eher kleinere Projekte initiiert und begonnene Vorhaben fortgeschrieben. Die Pflege und Erhaltung der Streuobstwiese ist ein Beispiel dafür. Und es bleibt das Bewusstsein, dass dieses Fleckchen Ingelbach und die es umgebende Natur ein Geschenk ist, das auch genommen werden kann.

*Verfasser:*

*Edmund Mink  
Hauptstr. 10  
57610 Ingelbach, im November 2010*